



- 409.800,00 EUR wurden im Zusammenhang mit dem europäischen Ratsvorsitz Österreichs in der ersten Hälfte des Jahres zur Austragung diverser Empfänge und Tagungen zur Verfügung gestellt.
- 207.100,00 EUR wurden direkt den Schulen von der EU insbesondere für Comenius- und Leonardoprojekte (Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen beim Erwerb und beim Einsatz von Wissen, Fähigkeiten und Qualifikationen zur Förderung der persönlichen Entwicklung) zur Verfügung gestellt.

Der oben genannte Betrag für 2007 setzt sich wie folgt zusammen:

- 62.500,00 EUR wurden für die durchgeführten Dienstreisen im Zusammenhang mit der EU überwiesen.
- 124.600,00 EUR wurden für die Durchführung von Bildungsprogrammen wie Educanet, Eurydice, Perine, Sprachinitiativen und für das Projekt „Education and Training 2010“ zur Verfügung gestellt.
- 100.700,00 EUR wurden direkt den Schulen von der EU insbesondere für Comenius- und Leonardoprojekte (Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen beim Erwerb und beim Einsatz von Wissen, Fähigkeiten und Qualifikationen zur Förderung der persönlichen Entwicklung) zur Verfügung gestellt.

Der oben genannte Betrag für 2008 setzt sich wie folgt zusammen:

- 51.900,00 EUR wurden für die durchgeführten Dienstreisen im Zusammenhang mit der EU überwiesen.
- 148.800,00 EUR wurden für die Durchführung von Bildungsprogrammen wie Eurydice, Nationale Debatten 2008, PIAAC und für Sprachinitiativen zur Verfügung gestellt.
- 144.715,00 EUR wurden direkt den Schulen von der EU insbesondere für Comenius- und Leonardoprojekte (Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen beim Erwerb und beim Einsatz von Wissen, Fähigkeiten und Qualifikationen zur Förderung der persönlichen Entwicklung) zur Verfügung gestellt.

Hinsichtlich der Zahlungen der Europäischen Union, die beim Bundesministerium für Finanzen eingingen, – auch wenn diese sich mittelbar auf Aufgaben meines Ressorts bezogen haben (wie z. B. ESF-Mittel) - verweise ich auf die Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage Nr. 2139/J-NR/2009 durch den Bundesminister für Finanzen.

Zu Frage 17:

Eine Beurteilung für einen zukünftigen Zeitpunkt ist derzeit nicht möglich.

Die Bundesministerin:

